



Peter Zellmann / Beatrix Haslinger

Forderungen an den Staat

Die Aufgabe des Staates und seiner Regierung sollte es aus der Sicht vieler Menschen sein, sich um eine bürgernahe Politik zu bemühen und so die Lebensqualität der Einwohner zu optimieren. Dies gelingt nicht immer, und nicht zuletzt deswegen zunehmend selten, weil die Bedürfnisse der Bürger zu wenig konkret hinterfragt werden. Anstelle einer empirischen, wissenschaftlich möglichst weitgehend abgesicherten, Erfassung der tatsächlichen Wünsche und Hoffnungen, aber auch Ängste und Sorgen der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen tritt dann eine von Lobbys getragene „Steuerung“ der Gesellschaft. „Die Schere dieser, wenn auch durchaus gutgemeinten, Vorgaben und den tatsächlichen Wünschen und Vorstellungen der Bevölkerung öffnet sich immer mehr“ äußert Institutsleiter Peter Zellmann in diesem Zusammenhang seine Befürchtungen.

Das größte Anliegen der österreichischen Bevölkerung ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (84 %).

Es stellt sich bei diesem Ergebnis allerdings die Frage, ob Herrn und Frau Österreicher wirklich jene 6 % derzeitigen Arbeitslosen am Herzen liegen, oder ob es sich dabei nicht vielmehr um die Sorge der Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes handelt, die sich hier widerspiegelt.

Dies sind aber zwei grundsätzlich zu unterscheidende Forderungen an die Politik.

Die Politik widmet dieser Frage selbstverständlich großes Augenmerk. Daher ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ein Thema in nahezu allen Wahlkämpfen,

Parteiprogramme geben schlagen Maßnahmen und Richtlinien vor.

Es stellt sich aber die Frage, ob die Sicherung der bestehenden Arbeitsplätze, die ja eigentlich wesentlich mehr Bürger betrifft als die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, wirklich effizient und mittelfristig wirksam erreicht wird. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist eine offensichtliche, kurzfristig wirksame Aktion, während die Sicherung von Arbeitsplätzen, aber eben auch deren Gefährdung oft verdeckt, indirekt und langfristig geschieht.

Dafür haben die ÖsterreicherInnen mehr politisches Gespür als ihnen allgemein zugetraut wird.

Die Sicherung der Pensionen ist ebenfalls ein vordringliches Anliegen der ÖsterreicherInnen (77 %).

Die Schaffung von Ausbildungsplätzen ist 70 % der ÖsterreicherInnen ein Anliegen, gleichauf mit der Bekämpfung der Kriminalität (ebenfalls 70 %). Landwirte sind im Vergleich zu den anderen Berufsgruppen mit Abstand am wenigsten an der Schaffung von Ausbildungsplätzen interessiert (55 %), was die Problematik für die heimische Landwirtschaft einmal aus anderer Sicht deutlich macht.

Niederösterreicher und Burgenländer fühlen sich offensichtlich überdurchschnittlich sicher: Ihnen liegt viel weniger am Thema „Kriminalität Bekämpfung“ (63 %) als z. B. den Kärntnern und Steirern (76 %).

Insgesamt ist aber der Aspekt „Sicherheit“, der den Österreichern in allen Lebensbelangen ein wichtiges Anliegen und bei den Forderungen an den Staat an vorderer Stelle zu finden.



Was die Österreicher eher kalt lässt.

Das „Rauchen in der Öffentlichkeit“ ist nur für kleine Bevölkerungsteile ein Problem(20 %). Die Nichtraucher sind offensichtlich sehr tolerant – Mediziner, vor allem Kinderärzte warnen jedoch zunehmend davor, dass den meisten Menschen die möglichen gesundheitlichen Schäden des Passivrauchens nicht wirklich bewusst sind.

Ebenfalls gleichgültig stehen viele unserer Mitbürger der Frage „Sonntagsarbeit“ gegenüber. Für nur ein schwaches Drittel (31 %) ist es ein Anliegen hier lenkend bzw. einschränkend einzugreifen. Es fällt auf: Im Osten Österreichs ist dieses Thema noch viel unbedeutender als im Westen. Dieses Phänomen lässt sich demographisch vielleicht auch dadurch erklären, dass den Arbeitern und Angestellten die Verhinderung von Sonntagsarbeit erwartungsgemäß wesentlich wichtiger als Landwirten und Selbstständigen. Im Westen Österreichs ist die relative Anzahl der in der Landwirtschaft Tätigen immer noch höher.

Es sollte zu denken geben: Wenige Österreicher wissen um die Bedeutung von Datenschutz:

Nur ein Drittel (34 %) glaubt, dass dies ein vordringliches Problem ist. Wien ist mit 44 % Vorreiter dieses neuen Sicherheitsbewusstseins. Mangelnder Kontakt mit den neuen Technologien, gerade in ländlichen Regionen und bei der Bevölkerungsgruppe mit niedrigerem Bildungsniveau, ist wohl für dieses fehlende Sicherheitsbewusstsein verantwortlich. Wissen bleibt also Macht!

„Bildung für die Freizeit“ muss also ebenso ein Prinzip werden wie dies bei der „Bildung in der Freizeit“ bereits durchwegs der Fall ist.



Frauen haben höhere Anforderungen an die Politik.

Frauen ist der „Frieden“ ein größeres Anliegen (65 %) als den Männern (61 %). Auch die „Bekämpfung der Umweltverschmutzung“ liegt Frauen mehr am Herzen (63 %) als Männern

(57 %). Ist dies möglicherweise die Konsequenz daraus, dass Männern die „Sicherung des Wohlstandes“ ein weit größeres Bedürfnis ist (51 %) als den Frauen (41 %) ?

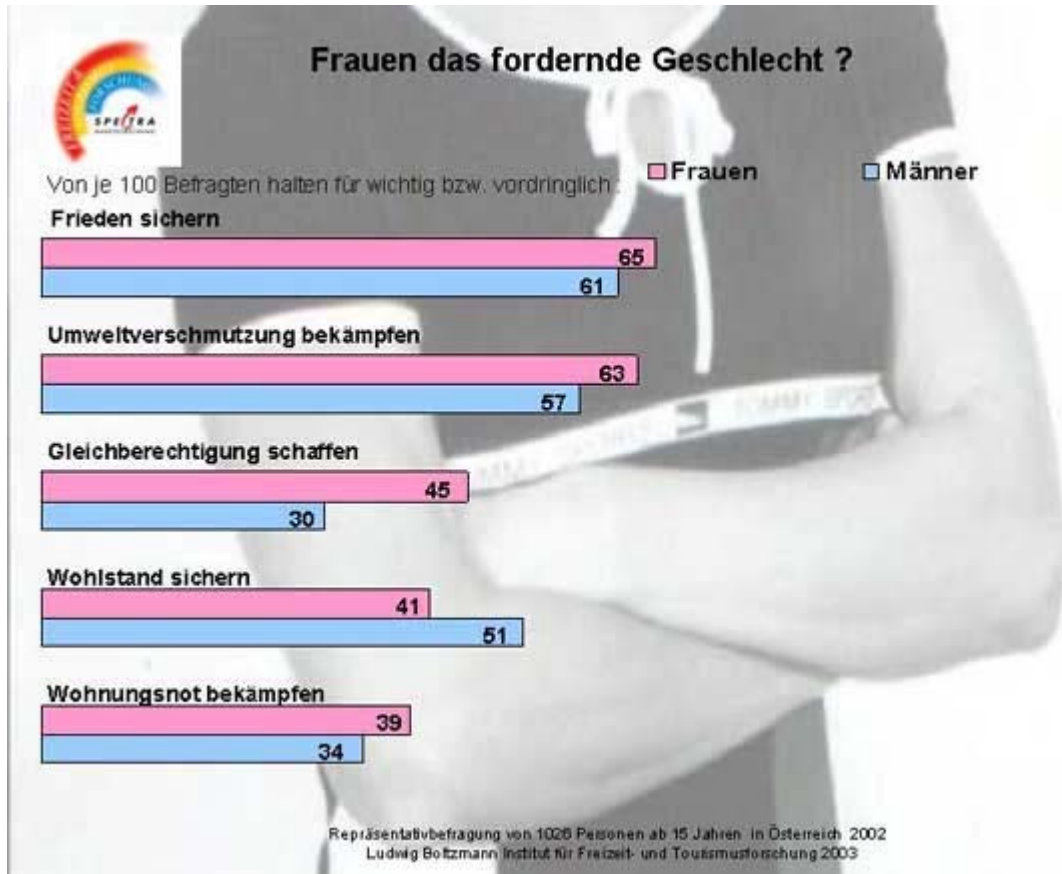
Klassische Rollenbilder scheinen sich wieder einmal zu bestätigen.

Erwartungsgemäß ist die endgültige Schaffung der Gleichberechtigung ein weibliches Anliegen

(45 %) – wohl ein Phänomen, dass auf die stärkere Ausprägung der sozialen Kompetenz bei Frauen zurückzuführen ist (Männer : 30 %).

Die Bekämpfung des Wohnungsnotstandes halten Frauen ebenfalls für wichtiger (39 %)

als Männer (34 %), auch hier kommt wohl das eher typisch weibliche Bedürfnis nach Heim und Familie zu tragen. Die Wohnungsnot scheint im Westen Österreichs (Salzburg, Tirol, Vorarlberg) am größten, beinahe die Hälfte aller Einwohner bezeichnen dieses Problem als vordringlich (45 %). In Niederösterreich und Burgenland ist dieses Anliegen dagegen eher weniger ausgeprägt – nicht einmal ein Drittel (28 %) der Bevölkerung sehen darin ein nennenswertes Problem.



Anliegen der Jugend – Trends von morgen

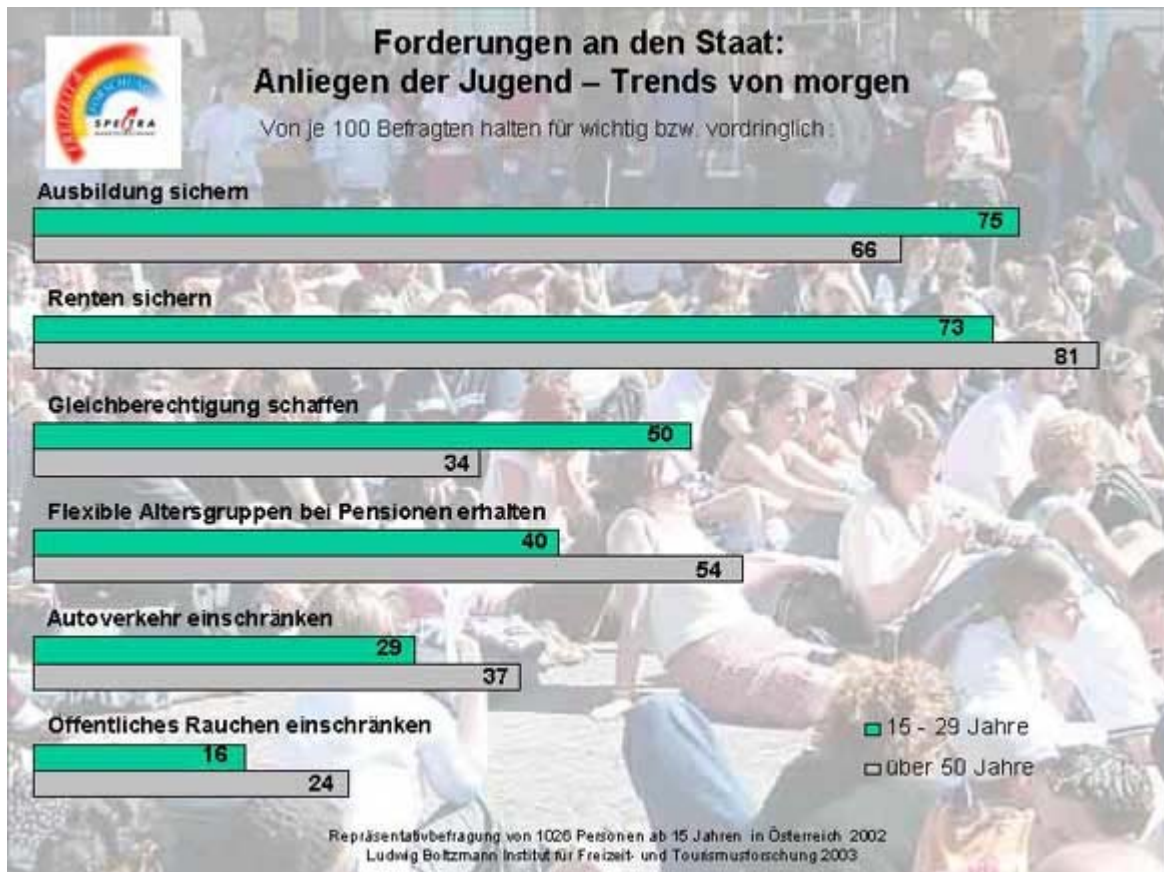
Es überrascht wohl kaum, dass Jugendliche (15-29 Jahre) die Schaffung von Ausbildungsplätzen für bedeutender halten als alte Menschen (über 50 Jahre). Die konkreten Lebensumstände bedingen die Bedürfnisse.

Zu denken muss freilich geben, dass die Jugend die Sicherung der Renten so deutlich für weniger wichtig hält, als die ältere Generation. Auch die Erhaltung der flexiblen Altersgrenzen bei Pensionen ist für wenige junge Menschen ein Thema (40 %). Immerhin 54 % der "über 50 Jährigen" halten diese Forderung für vordringlich. Offensichtlich ist die Problematik der Pensionen und Rentenversorgung bei der Jugend noch in zu weiter Ferne und daher ein vernachlässigtes Thema.

Ebenfalls nachdenklich stimmt das geringe Interesse der jungen Generation an der Einschränkung des Autoverkehrs (29 %) im Gegensatz zu älteren Generation (37 %). Generell ist die Einschränkung des Autoverkehrs erwartungsgemäß am Land ein wesentlich geringeres Problem (28 %) als in der Stadt und nimmt mit der Größe der Stadt noch zu (Großstadt: 40 %).

Auch die vermehrte Toleranz der jungen Leute, dem Rauchen in der Öffentlichkeit gegenüber, ist wahrscheinlich noch durch die jugendliche Unbekümmertheit zu erklären. Es bleibt zu hoffen, dass dies nur ein Phänomen der Jugend an sich ist, und sich das Gesundheitsbewusstsein dieser Generation noch heranbildet. Betrachtet man unter diesem Aspekt nämlich z.B. das gesteigerte Umweltschutzinteresse der Jugend im Verhältnis zum Alter, so ist eine derartige Entwicklung durchaus zu erwarten.

Die „Schaffung von Gleichberechtigung“ zwischen Frauen und Männern erfährt in der heutigen Zeit einen starken Aufwärtstrend – bereits die Hälfte der jungen Menschen hält sie für wichtig, bei der älteren Generation ist es nur ein Drittel.



Wienern Wohlstand wichtiger als Frieden ?

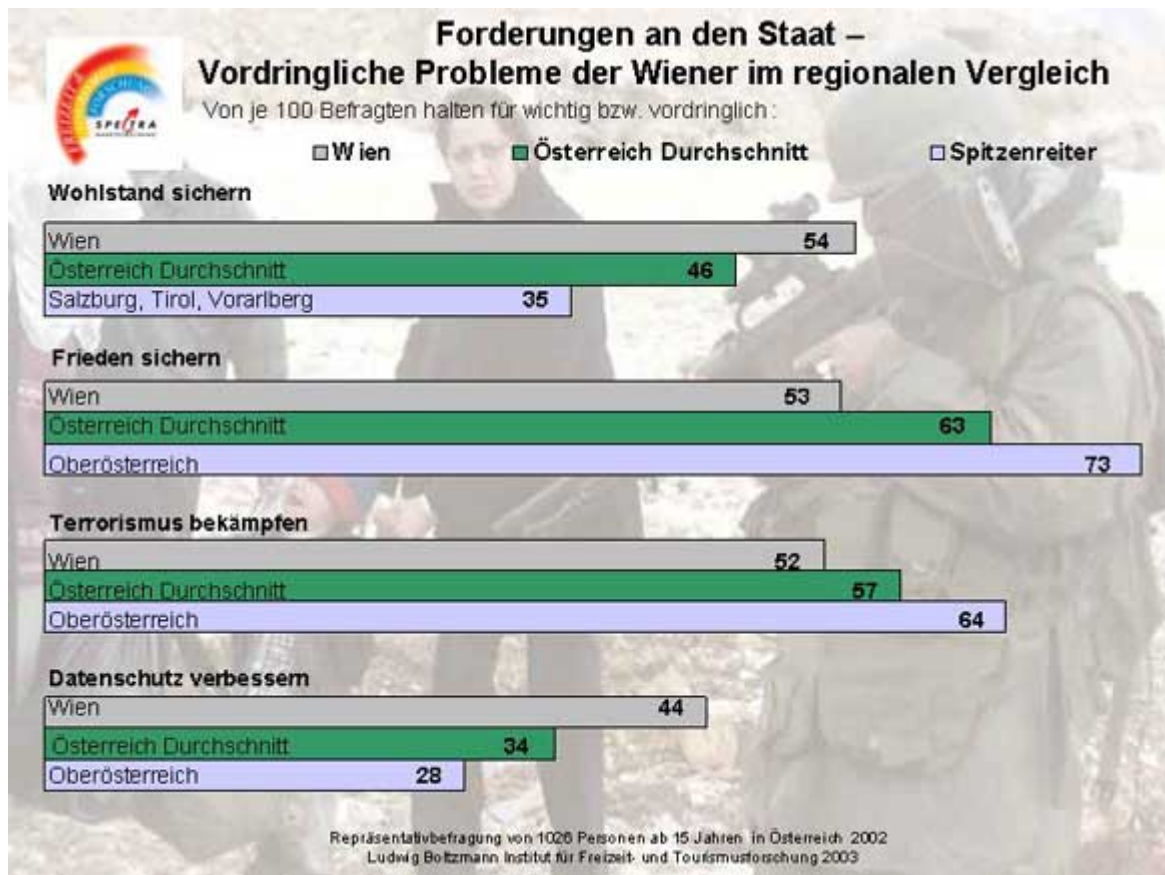
Im regionalen Vergleich unterscheidet sich Wien in der Priorisierung der politischen Fragestellungen auffällig von den übrigen Bundesländern ! Die Sicherung des Wohlstandes ist eines der Hauptanliegen der Wiener, gut die Hälfte geben dieses Problem als vordringlich an

(54 %), in Salzburg, Tirol und Vorarlberg sind es im Vergleich nur ein Drittel (35 %).

Den Frieden zu sichern und Terrorismus zu bekämpfen ist nur der Hälfte aller Wiener ebenfalls ein Anliegen. Sie liegen damit nicht nur unter dem Österreich weiten Durchschnitt sondern sehr weit hinter dem Spitzenreiter : In Oberösterreich finden es 73 % wichtig den Frieden zu sichern und immerhin fast zwei Drittel (64 %) sehen die „Terrorismusbekämpfung“ als vordringliches Problem an.

Da dieser Gegensatz zwischen der ländlichen und der städtischen Bevölkerung in den Landeshauptstädten nicht wiederzufinden ist, ist die Ursache dieser Unterschiede offensichtlich in der Mentalität des Großstädtertums zu suchen.

Auffällig ist, dass die Lösung des Ausländerproblematik in Wien nicht so vordergründig ist (57 %), wie man es aufgrund der hohen Ausländerquote erwarten könnte. Den Oberösterreichern ist es am wichtigsten, hier eine Lösung zu finden (65 %). Auch bei der Verhinderung der Sonntagsarbeit führen die Oberösterreicher das Feld an (36 %), während Wien (27 %) zu den Schlusslichtern zählt.



Technische Daten der Befragungen

Studiendesign

Aufgabenstellung

Ziel der vorliegenden Studie war es, Fragen zu Forderungen an den Staat zu erheben.

Stichprobe

Die Erhebung richtete sich an insgesamt n=1000 Personen, repräsentativ für die österreichische Bevölkerung ab 15 Jahre. Die Auswahl der Stichprobe erfolgte durch das Quota-Verfahren.

Methodik

Die Befragungen wurden face-to-face durch 218 geschulte und kontrollierte SPECTRA-Interviewer im Rahmen des SPECTRA-Bus durchgeführt.

Timing

Die Feldarbeit fand im November 2002 statt.

Definition der Demo-Breaks

Schulbildung:

niedrig: Pflichtschule (Volks-/Hauptschule), Lehrausbildung

mittel: Berufsbildende mittl. Schule (ohne Matura)

hoch: Matura, Uni/Hochschule

Haushalts-Netto-Einkommen:

unteres Drittel: Unter €1.310,-

mittleres Drittel: €1.311,- bis €1.890,-

oberes Drittel: über €1.891,-

Ortsgröße:

ländlich: Land (bis 5000 EW)

kleinstädtisch: Klein-, Mittelstadt

städtisch: Landeshauptstadt (außer Wien)

größtstädtisch: Wien

Strukturvergleich zur amtlichen Statistik

	SPECTRA Untersuchung %	Mikrozensus - 1998- %
Geschlecht		
Männer	48	48
Frauen	52	52
	100	100
Alterskategorien		
15 bis 29 Jahre	24	24
30 bis 49 Jahre	37	37
über 50 Jahre	39	39
	100	100
Bundesländer		
Wien	20	20
Niederösterreich, Burgenland	22	22
Steiermark, Kärnten	23	23
Oberösterreich	17	17
Salzburg, Tirol, Vorarlberg	18	18
	100	100

Zur Methode der Untersuchung

Die Methode ist wissenschaftlich abgesichert und bewährt. Die Daten beruhen auf einer repräsentativen Zufallsstichprobe der Gesamtheit aller Privathaushalte. Die Zielhaushalte wurden at random ausgewählt, wodurch die Chancengleichheit für jeden Privathaushalt, in die Stichprobe zu kommen, gesichert war. In jedem Zielhaushalt mussten Interviewer über die Kontaktperson alle Haushaltsmitglieder in der Reihenfolge des Alters auflisten. Aus dieser Liste wurde dann nach einem systematischen Zufallsschlüssel die zu befragende Person (Zielperson) bestimmt. Die Interviewer erhielten über die Ermittlung der Zielperson sowie über die Durchführung des Interviews anhand einer schriftlichen Einweisung eingehende Instruktionen.

Die Feldarbeiten wurden von SPECTRA in Linz geleitet und kontrolliert. Alle Interviews

wurden beim Rücklauf geprüft. Systematische Fehler wurden durch Maschinenkontrolle ausgeschlossen.

Institut für Freizeit- und Tourismusforschung
Ein Institut der Ludwig Boltzmann Gesellschaft